

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
DVR: 0000060

II-1409 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

WIEN, 14. Februar 1985

Z1. 2220.50/70-I.2/85

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten  
zum Nationalrat Dr. HÖCHTL, Dr. STEINER  
und Kollegen an den Bundesminister für  
Auswärtige Angelegenheiten betreffend  
Verfolgung der Baha'i im Iran

1074 IAB

1985-03-12

zu 1127 IJ

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. HÖCHTL,  
Dr. STEINER und Kollegen haben am 4. Februar 1985 unter der  
Nr. 1127/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Ver-  
folgung der Baha'i im Iran gerichtet, die folgenden Wortlaut  
hat:

Neben erneuten Hinrichtungen von Baha'i in den Mo-  
naten November und Dezember des Vorjahres sowie schweren Fol-  
terungen einer immer größeren Anzahl von Baha'i folgte jüngst  
eine neue Maßnahme der iranischen Regierung, die zweifelsohne  
eine neue Stufe der Verfolgungen darstellt.

Wenn ein inhaftierter Baha'i freigelassen werden  
will, muß er ein Schriftstück unterzeichnen, wonach er er-  
klärt, keinerlei Gegenstände "dieser fehlgeleiteten, zionis-  
tischen Spionagegruppe" (wie Bücher, Dokumente, Symbole, Bil-  
der ...), in seinem Besitz zu haben. "Sollte einer der oben-  
genannten Gegenstände in meinem Heim oder an meiner Person  
gefunden werden, kommt dies einer Zugehörigkeit zu jenen  
gleich, die 'Krieg gegen Gott' führen ...". Der Ausdruck "jene,  
die Krieg gegen Gott führen" wird vom heutigen iranischen Re-  
gime synonym mit "zum Tode verurteilt" verwendet.

Nicht nur ist es den Baha'i-Gefangenen unmöglich,  
ein Dokument zu unterzeichnen, das ihren Glauben ungerecht-  
fertigt inkriminiert, sondern sie würden sich auch der Gefahr  
aussetzen, daß ihnen derartige Gegenstände von Seiten ihrer  
Verfolger während ihres Gefängnisaufenthaltes in ihre Häuser  
gebracht würden.

- 2 -

Diese neue Eskalation in der Verfolgung der religiösen Minderheit der Baha'i im Iran gebietet es, daß auch Österreich diese Menschenrechtsverletzungen aufzeigt und alles in seiner Macht stehende tut, um sie in Zukunft zu verhindern.

Angesichts der bedrohlichen Entwicklung in bezug auf die Respektierung der Menschenrechte im Iran, stellen die unterfertigten Abgeordneten an mich folgende

A n f r a g e :

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um dazu beizutragen, daß es zu einem Ende der Verfolgung der Baha'i im Iran kommt?  
Ich beeindre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Das Schicksal der religiösen Minderheit der Baha'i im Iran hat in Österreich große Betroffenheit und Anteilnahme ausgelöst. Die Öffentlichkeit ist zunehmend über Nachrichten beunruhigt, die gerade wieder in letzter Zeit Verfolgungen und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen an dieser Bevölkerungsgruppe vermelden. Die berechtigte Sorge um die Beachtung elementarster menschenrechtlicher Standards hat auch in den letzten Jahren höchste Vertreter der Republik Österreich wiederholt bewogen, bei der iranischen Regierung für eine Verbesserung des Loses der Baha'i einzutreten. Dieses humanitäre Engagement hat seit einigen Jahren meinen Amtsvorgänger und mich dazu bestimmt, Kontakte mit der iranischen Regierung stets auch für Interventionen zugunsten der Baha'i zu benützen. Bei diesen Bemühungen konnten in verschiedenen Einzelfällen Erfolge erzielt werden. Im besonderen ist es gelungen, die Lage von einzelnen Angehörigen der Baha'i zu verbessern, die durch Verwandtschaft oder auf irgendeine andere Weise zu Österreich in einer Nahebeziehung stehen.

- 3 -

Im Bereich der humanitären Außenpolitik hat sich gerade im Verhältnis zum heutigen Iran die diskrete und vertrauliche Intervention als wirkungsvoller als dramatische Aufrufe in der Öffentlichkeit erwiesen, welche nicht selten zu einer Verhärtung der angesprochenen Stellen führen und damit den Betroffenen nicht nur nicht nützen, sondern oft sogar ihre Lage erschweren. In Entsprechung der humanitären Tradition Österreichs und aus der Überzeugung, daß Österreich auf internationaler Ebene für die Beachtung der Menschenrechte einzutreten hat, werde ich daher fortfahren, auf jenen Wegen, die ich für zielführend halte, die Rechte der Baha'i im Iran zu unterstützen. Im übrigen hat sich in allen Staaten der internationalen Gemeinschaft, deren Wertverständnis wir uns zugehörig fühlen, längst die Auffassung durchgesetzt, daß der Einsatz für die Menschenrechte in einem bestimmten Land nicht als Einmischung in dessen innere Angelegenheiten angesehen werden kann.

Der Bundesminister  
für Auswärtige Angelegenheiten:

